



Kanzler Schröder, Premierminister Raffarin
Auf der Anklagebank

tikus denunziert werden – insbesondere dann, wenn er momentan selbst in der Schuldenfalle sitzt. Mit dem Segen von Bundeskanzler Gerhard Schröder lobt deswegen der deutsche Finanzminister Hans Eichel den Pakt, den er nun zum dritten Mal ignoriert, als unersetzlich.

„Wir haben absolut keine Änderung ins Auge zu fassen“, gibt sich auch Solbes unbeeindruckt – zumindest öffentlich. Intern äußert er sich eher resigniert. Er wisse natürlich, dass Deutschland auch im nächsten Jahr wieder zu viel Schulden aufnehmen werde. „Aber was soll ich denn machen?“, gestand er intern seine Ohnmacht.

Das Interesse Europas könne jetzt nicht sein, mit noch so guten Argumenten auf Frankreich und Deutschland, die beiden größten Ökonomien der Euro-Zone, mit dem Knüppel des Paktes einzudreschen, warnt Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker die Verfechter einer harten Linie, die vor allem in den kleinen EU-Staaten zu finden sind. Es sei klüger, „diesen beiden Ländern für die Verbesserung ihrer Finanzen Zeit zu lassen“.

Wenn Deutschland und Frankreich aus dem Gröbsten heraus seien, „muss der Pakt so realitätsnah gestaltet werden, dass er auch eingehalten werden kann“.

Die Blaupause dafür gibt es bereits. Sie findet sich in einem Gutachten der Sapir-Kommission. Im Auftrag des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi haben sieben europäische Wissenschaftler unter der Leitung des Belgiers André Sapir vorgeschlagen, die größte Schwäche des Paktes auf eine neue Weise anzugehen.

Der bisherige Stabilitätspakt soll die Regierungen zwingen, im Aufschwung Überschüsse zu erwirtschaften, um dann im Konjunkturtal, wenn die Kosten für Arbeitslosigkeit steigen, unter der Drei-Prozent-Defizit-Grenze bleiben zu können. Doch für den Aufschwung gibt es keine bindenden Regeln, nur für die Defizite.

STAATSSCHULDEN

Ein Schönwetter-Pakt

Deutsche und Franzosen ignorieren den EU-Stabilitätspakt zum wiederholten Mal. Doch Sanktionen bleiben aus. Stattdessen wird über eine Reform des Regelwerks diskutiert.

Es ist nicht leicht in Zeiten wie diesen, EU-Kommissar für Finanzen zu sein. Am Dienstag dieser Woche muss der Spanier Pedro Solbes, der Inhaber dieses undankbaren Amtes, wieder einmal versuchen, die europäischen Finanzminister mehrheitlich dazu zu bringen, einen der Ihren zu tadeln. Und dabei weiß er doch, dass dies nicht viel bewirken wird.

Unter der Führung von Premierminister Jean-Pierre Raffarin verstößt der Pariser Finanzminister Francis Mer zum dritten Mal in Folge gegen den europäischen Stabilitätspakt. Der fordert, dass die jährlichen Schulden eines Landes drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten dürfen. Wer sich nicht daran hält, der wird, so ist es geregelt, nicht nur getadelt, sondern schwer bestraft.

Doch davon ist keine Rede: Mer muss eine Verurteilung nicht fürchten – er weiß sich in bester Gesellschaft. Ausgerechnet die Deutschen, die den Pakt einst forderten, weil sie um die Stabilität des Euro fürchteten, sitzen mit auf der Anklagebank – ebenso wie Portugal, das die Drei-Prozent-Marke ebenfalls überschritten hat.

Am Mittwoch vergangener Woche musste Solbes einräumen, dass gleich vier weitere Kandidaten auf dem besten Wege sind, dem Club der Sünder beizutreten: Griechenland, Italien, die Niederlande und Großbritannien. „Es zeigt sich immer mehr“, urteilt Dieter Vesper vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, „der Vertrag ist ein Schönwetter-

Pakt.“ Einer mehrjährigen Rezession halte er nicht stand.

Längst ist deshalb eine Debatte über eine Reform des Paktes entbrannt – auch innerhalb der EU-Kommission. Denn er zwingt, so die Kritiker, die EU-Staaten mitten in der Wirtschaftsflaute zu drastischen Sparmaßnahmen – und verschärft so die Krise. Und welchen Sinn macht es, fragen sie, ohnehin hoch verschuldete Staaten zu Milliardenzahlungen zu verurteilen?

Trotz der verfahrenen Lage wagt es noch niemand, öffentlich ein Abrücken von dem 1996 in Dublin unter Schmerzen geborenen Regelwerk zu fordern. Da die EU-Politiker dem Pakt feierlich immer wieder eine so hohe Bedeutung für die Härte des Euro beigemessen haben, könnte jeder, der nun vorprescht, leicht als finanzpolitischer Luf-

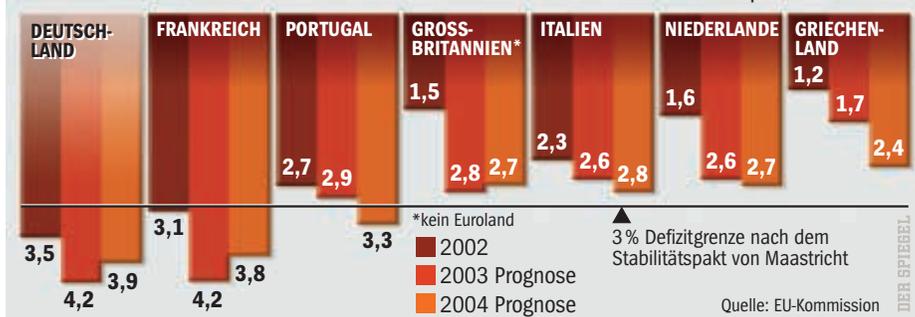


EU-Finanzminister*: Im Boom zu verschwenderisch

* Mit EZB-Präsident Wim Duisenberg (vorn, 2. v. r.) am 7. September 2002 in Kopenhagen.

Umstrittene Grenze

Haushaltsdefizit in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Also ist die Versuchung groß, wie in Deutschland und Frankreich geschehen, im Boom zu verschwenderisch zu sein. Dann wird es in der Flaute eng.

Sapirs Kommission schlägt deshalb vor, bindende Regeln für den Aufschwung zu beschließen. Zwei Möglichkeiten empfehlen die Wissenschaftler:

Entweder müssen die aus einem überdurchschnittlichen Wachstum resultierenden Steuermehreinnahmen in einem „Rainy Day“-Fonds gehortet werden, der in schlechten Zeiten dann zur Abfederung der Konjunkturmisere bereitstünde.

Oder die Mitgliedstaaten geben sich in eigener Regie feste, von der Kommission nachprüfbar Regeln, Wachstumsdividen den in bestimmter Höhe zur Schuldentil-

gung einzusetzen. Das würde über den Zyklus hinweg das Einhalten der Defizitgrenze in der Regel ermöglichen. Wenn es aber in einer langen Rezession dennoch zu Friktionen komme, sollten Ausnahmen schon möglich sein. Im geltenden Pakt darf die Grenze theoretisch nur dann überschritten werden, wenn die Wirtschaftsleistung um mindestens zwei Prozent sinkt.

In diesem Konzept machen auch Strafzahlungen bei Regelverletzungen Sinn. Im Boom würde auf diese Weise Nachfrage neutralisiert, ein erwünschter Effekt.

Bis vor kurzem galten die Professoren-Ideen in Europas Hauptstädten und in

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers **SPiegel ONLINE**

Brüssel als praxisferne Hirngespinnste aus dem akademischen Elfenbeinturm. Doch inzwischen hat sich das gewandelt. Auf dem letzten EU-Gipfel in Brüssel mahnte der englische Premier Tony Blair seine Kollegen, dem Sapir-Report mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Blair: „Die Union muss sich mehr vor ängstlicher Vorsicht fürchten als vor radikalen Gedanken.“

Ganz behutsam wagt sich auch Romano Prodi aus der Deckung – ganz in Sapirs Sinn. Auch wenn der Pakt „bei einem Boom nicht explizit Disziplin verlangt“, dürften die Regierungen in solchen Zeiten keine Entscheidungen treffen, „die den Haushalt, wenn die Konjunktur wieder erlahmt, in die roten Zahlen treiben“, fordert der Wirtschaftsprofessor, der die starre Anwendung des Paktes schon einmal als dumm bezeichnet hat.

Dass dies auf freiwilliger Basis nicht funktioniert, hat Irland bewiesen: Während einer Überhitzungsphase vor gut zwei Jahren hatten alle Finanzminister Dublin aufgefördert, mit einem Teil der Mehreinnahmen den Schuldenberg stärker abzutragen. Doch die nächsten Wahlen waren bereits in Sicht. Die Iren scherten sich nicht um die Empfehlung, sondern senkten die Steuern und heizten die Konjunktur weiter an.

Das weiß auch Prodi. Sein Ziel ist nur mit bindenden Gesetzen für den Aufschwung zu erreichen. WINFRIED DIDZOLEIT